

# baz BASELSTADT, SCHWARZBUBENLAND



«Appellieren an die Vernunft der Trittbrettfahrer.» Der Baselbieter SVPLer Karl Willimann will mehr Uni-Gelder von Solothurn und Aargau. ARCHIV/NIZ

## Grössere Uni-Trägerschaft illusorisch

**Vorstoss** Die Baselbieter SVP will, dass Nicht-Hochschulkantone voll für ihre Studenten zahlen

VON SEBASTIAN WENDEL

Sind die Kantone Solothurn und Aargau bald Trägerkantone der Universität Basel? Das ist theoretisch möglich, in der Praxis aber wohl kaum umsetzbar. Diese Ansicht vertritt nicht nur der Bund, sondern auch der Kanton Basel-Stadt. Daniel Hardmeier, Leiter Finanzen und Controlling, fände eine Aufstockung der Trägerkantone der Uni Basel nicht gerecht: «Als Trägerkantone müssten Solothurn und Aargau jeweils die vollen Kosten für ihre in Basel Studierenden tragen. Aber Vorlesungen und Seminare würden ja weiterhin nur in Basel stattfinden.» Ein Hochschulkanton finanziere zwar zu einem grossen Teil die Studenten aus anderen Kantonen, geniesse im Gegenzug als solcher aber einige Vorteile, so Hardmeier. «Eine Uni zieht die Wirtschaft an und bringt viel Renommee für die Region.» Dies relativiere die finanziellen Nachteile.

Aber: Über höhere Beiträge von den Nicht-Hochschulkantonen müs-

se man reden. «Das jährliche Defizit von 150 Millionen, das wir uns mit dem Kanton Basel-Landschaft teilen, ist schon gewaltig», sagt Hardmeier. Die realistische Variante läge irgendwo zwischen den aktuellen Vereinbarungen und der Forderung der SVP Baselland, dass Nicht-Hochschulkantone die Vollkosten für ihre Studierenden übernehmen sollen.

### Solothurn und Aargau im Visier

Den entsprechenden Vorstoss reichte die Partei im Baselbieter Landrat ein. Sie bezieht sich dabei auf das Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich zwischen den Kantonen. Dort steht geschrieben, dass die Bundesversammlung einen oder mehrere Kantone zur Zahlung höherer Beiträge verpflichten kann. Voraussetzung ist ein entsprechender Antrag von mindestens der Hälfte der in einem interkantonalen Vertrag involvierten Kantone. Sprich: Das Parlament könnte Solothurn und Aargau dazu zwingen, Trägerkantone der Uni Basel zu werden. Aus den bei-

den Kantonen kommen die meisten ausserkantonalen Studenten nach Basel (ohne Ausländer).

Dass es so weit kommt, ist unwahrscheinlich. Die Hochschulkantone sind gegenüber den Nicht-Hochschulkantonen in der Unterzahl. Die

### Das Parlament könnte Solothurn und Aargau dazu zwingen, Trägerkantone der Uni Basel zu werden.

Parlamentarier letzterer werden kaum dafür sein, dass ihre Heimatkantone mehr zahlen, während der Standortvorteil weiter bei den Hochschulkantonen bleibt.

### «Eine unrealistische Vorstellung»

«Wir appellieren an die Vernunft und Solidarität der Trittbrettfahrer», sagt Karl Willimann, SVP-Landrat im Kanton Basel-Landschaft. Wie realis-

tisch der SVP-Vorstoss ist, müsse in kommenden Gesprächen abgeklärt werden. Auf Anfrage der bz verweisen die Bildungsdepartemente der Kantone Aargau und Solothurn auf die interkantonale Universitätsvereinbarung. Diese regelt die Kopfpauschalen, die Nicht-Hochschulkantone für ihre Studenten bezahlen.

«Eine Trägerschaft der Uni Basel ist für uns kein Thema», sagt Irène Richner, Sprecherin des Aargauer Bildungsdepartementes. Da die meisten Aargauer Studenten nicht in Basel, sondern in Zürich sind, müsste man auch dort Träger werden. Laut Richner eine unrealistische Vorstellung.

Auch für die Solothurner Studenten ist nicht Basel, sondern die Universität in Bern die erste Anlaufstelle. «Wir haben für das Herbstsemester 2010 10,7 Millionen Franken für 608 Studenten an Basel bezahlt», sagt Dagmar Kudelka, Leiterin Controlling beim Bildungsdepartement. Und fügt an: «Ehe wir mit Basel verhandeln, würden wir auf ein eventuelles Begehren aus Bern eingehen.»

## Nachrichten

### Buchpreis Florescu gewinnt mit 42 Prozent



Catalin Dorian Florescu. BZ

Catalin Dorian Florescu erhält für seinen Roman «Jacob beschliesst zu lieben» den Schweizer Buchpreis im Jahr 2011. Das wurde gestern Mittag auf der BuchBasel bekannt gegeben. Der Preis ist mit 50 000 Franken dotiert. Dazu kommen je 2500 Franken für die anderen vier Finalisten. Florescu setzte sich gegen Monica Cantieni, Felix Philipp Ingold, Charles Lewinsky und Peter Stamm durch. Auch dem Publikum gefiel Florescus «Jakob beschliesst zu lieben» am besten: 42,86 Prozent der Abstimmenden entschieden sich dafür; 22,99 Prozent wählten «Grünschnabel» von Monica Cantieni, 14,29 Prozent «Geron» von Charles Lewinsky. Der Schweizer Buchpreis war 2008 vom Schweizerischen Buchhändler- und Verlegerverband SBVV in Zusammenarbeit mit der LiteraturBasel geschaffen worden, um der Schweizer Literatur zu mehr Beachtung zu verhelfen. Alle ausgezeichneten Werke verzeichneten in der Folge des Schweizer Buchpreises einen markanten Anstieg an Verkäufen. (SDA)

### Schranke Waldenburgerli macht Übergang sicherer

Die Waldenburgerbahn plant den Bau einer Schrankenanlage sowie die Aufhebung eines Bahnübergangs in Bubendorf respektive Liestal. Das Waldenburgerli hat ein Plangenehmigungsgesuch an den Kanton Baselland gestellt, eine Schrankenanlage bei der ARA Frenke 2 in der Neuhofstrasse zu bauen. Der Bahnübergang, der aufgehoben werden soll, liegt beim Bauernhof Neuhof West, wie dem Amtsblatt des Kantons entnommen werden kann. (BZ)

## Spendenparlament: Eine Idee aus Hamburg für beide Basel

**Projekt** Wie in Hamburg, Wien und Zürich wollen Private in der Region ein neuartiges Wohltätigkeits-System einführen.

VON BOJAN STULA

Am Anfang stand eine bestechende Idee: Spender sollen direkt mitbestimmen können, was mit ihrem Geld geschieht. Das latente Unbehagen vor der unüberschaubaren Menge an Hilfswerken hat dem Modell des Spendenparlaments in Hamburg bereits 1996 zum Durchbruch verholfen. Weitere Städte in Deutschland, Österreich und der Schweiz folgten.

Wer für wohltätige Zwecke Geld spenden möchte, kauft sich als Vereinsmitglied ein und bestimmt an den Parlamentssitzungen, für wel-

ches Hilfsprojekt das Spendengeld eingesetzt werden soll – direkt, demokratisch, transparent und ohne Abzüge für administrativen Aufwand. Rund 3400 Mitglieder zählt das Spendenparlament in Hamburg. In Zürich, wo es 2006 gegründet wurde, sind es immerhin 120. In der Hansestadt flossen innerhalb von 15 Jahren 3,5 Millionen Euro in rund 400 Hilfsprojekte.

### 380 Franken für das Stimmrecht

Nun möchte auch der Basler Kinderpsychologe Philippe Max Goetschel ein Spendenparlament für beide Basel aus der Taufe heben. Der entsprechende Trägerverein ist bereits gegründet, Prominente wie Nationalrat Peter Malama, Soziologieprofessor Ueli Mäder und Guy Rueff, Präsident der jüdischen Gemeinde

Basel, leisten im Patronatskomitee ideelle Unterstützung. Zwei öffentliche Parlamentssitzungen im Jahr sind vorgesehen, pro Sitzung soll die Hälfte des eingegangenen Spendentotalen verteilt werden. Noch bleibt offen, wann das Spendenparlament mit seiner Arbeit loslegen kann. Die selbst gewählte Hürde liegt bei 50 Mitgliedern, bisher haben sich aber erst 15 eingeschrieben.

Goetschel ist sich bewusst, dass vieles von der Höhe der Mitgliederbeiträge abhängt, ob sich die Idee eines Basler Spendenparlaments in der Region durchsetzen kann. In Hamburg wählte man das Billigmodell mit einem Jahresbeitrag von 50 Euro. In Zürich ist es die teure Variante mit 500 Franken für Privatpersonen und 2500 Franken für Firmen. Goetschel entschied sich für den Mittelweg, um

die Schwelle anfangs nicht allzu hoch zu hängen. So können junge Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren bereits für 10 Franken im Jahr Mitglied werden, Erwachsene und Firmen für 80 Franken. Um allerdings das Stimmrecht zu erhalten, verpflichtet sich jedes Mitglied, zusätzlich zum Mitgliederbeitrag eine jährliche Spende zu entrichten: junge Erwachsene 120 Franken, Erwachsene 300 Franken und Firmen 2500 Franken. Derzeit denkt der Verein über eine zusätzliche Mitgliederkategorie für Schulklassen nach.

### Nur regionale Hilfsprojekte

Goetschel betont, dass er mit seiner Initiative weder andere Hilfswerke konkurrieren noch staatliche und kommunale Sozialwerke von ihrer Verantwortung entbinden möchte.

Ihm geht es in erster Linie um mehr Solidarität innerhalb der Gesellschaft und um einen Beitrag für den sozialen Frieden in der Region. Bürgerinnen und Bürger sollen eben nicht ihre soziale Verantwortung an Staat und Hilfswerke delegieren, sondern aktiv einen Beitrag «zum gesellschaftlichen Zusammenhalt» leisten. Deshalb soll die Parlamentsdebatte und Auseinandersetzung über unterstützenswerte Projekte mindestens genauso wichtig werden wie das Verteilen der Spendengelder selbst.

So wird sich das Basler Spendenparlament auf Hilfsprojekte innerhalb der Region beschränken. Anträge auf Förderung können Nordwestschweizer Vereine, Initiativen und Gruppierungen stellen, die sich gegen Armut, Einsamkeit, Isolation und Ausgrenzung einsetzen.